

SITZUNG VOM

6. November 2006

P R O T O K O L L

der 5. Sitzung

Datum:	Montag, 6. November 2006
Zeit:	19.00 bis 21.10 Uhr
Ort:	Singsaal Lättenwiesen
Vorsitz:	Ratspräsidentin Regula Schmid-Fürst
Protokoll:	Ratssekretär-Stv. Ueli Boetschi
Anwesend:	33 Mitglieder
Abwesend:	Peter Bodmer (Rücktritt / Nachfolger ab Dezember) Durali Yilmaz (Rücktritt / Nachfolger ab Dezember) Susanna Scherer (Rücktritt / Nachfolge pendent)

Geschäfte:

1. Mitteilungen
2. Protokoll der 4. Sitzung vom 2. Oktober 2006
3. Präsentation des Finanzplanes der Stadt Opfikon
4. Sozialabteilung - Bewilligung zusätzlicher Stellen im Bereich Sozialversicherungen und Sozialberatung
5. Personalplanung im Bauamt - Erhöhung des Stellenplanes für den betrieblichen Unterhalt - Genehmigung
6. Geschäftsbericht der Stadt Opfikon 2005

1. Mitteilungen**B5.1.2****1.1 Personelles**

Regula Schmid (Gemeinderatspräsidentin, GV) begrüsst Andreas Nold (FDP) als Ersatzmitglied für den weggezogenen André Zika und wünscht ihm eine befriedigende Amtstätigkeit.

Heinz Ehrensberger wird im Dezember 2006 die Nachfolge des weggezogenen Durali Yilmaz (SP) antreten. Daniel Peter wird auf den gleichen Zeitpunkt hin den Sitz Peter Bodmers (FDP) übernehmen. Ab Februar 2007 wird Carlos Martinez die Nachfolge von Franziska Schwaighofer (CVP) antreten, welche per Ende 2006 ihren Rücktritt erklärt hat. Die Nachfolge von Susanna Scherer (SP) ist noch pendent.

2. Protokoll der 4. Sitzung vom 2. Oktober 2006**B5.1.3**

Anmerkung zu Seite 42, 3. Abschnitt: Das korrekte Datum lautet 4. Juli 2005 statt 2006. Das Protokoll wird genehmigt und verdankt.

3. Präsentation des Finanzplanes der Stadt Opfikon 2006 - 2010**F4.3.3**

Finanzvorstand Werner Brühlmann (FDP) stellt Herrn Alfonso Spampinato, Mitarbeiter der Firma Nabholz Beratung, vor, welcher den Finanzplan 2006 - 2010 erläutern wird. Alfonso Spampinato definiert zu Beginn seines Referates den Cashflow und dessen Bedeutung für den Finanzplan. Er zeigt die verschiedenen Möglichkeiten auf, welche auf die Höhe des Cashflows Einfluss nehmen. Mit verschiedenen Grafiken stellt er den Kontext zwischen den Schlüsselwerten der Stadt Opfikon und anderen Gemeinden bzw. den Durchschnittswerten im Kanton Zürich her. Er zeigt die steigende Tendenz hoher Transferzahlungen an den kantonalen Finanzausgleich auf. Er setzt den erwarteten Cashflow in Relation zu den beabsichtigten Investitionen, welche im Finanzplan beeindruckend hohe Werte erreichen. Alfonso Spampinato zeigt Berechnungen auf, wonach mit der vom Stadtrat beantragten Steuerfusserhöhung eine Nettoverschuldung verhindert werden soll.

SITZUNG VOM

6. November 2006

Werner Brühlmann ergänzt die Ausführungen, indem er die Wirkung des Finanzausgleiches aufzeigt. Demnach entspricht ein Steuerfuss unter 100% einem Rabatt gegenüber den Steuerpflichtigen, was zu einem Abbau des Nettovermögens führt. Ein Abgleiten in eine Nettoschuld bedeute langfristige Nachteile für die Stadt Opfikon.

Bruno Maurer (SVP) möchte wissen, wie die weitere Investitionsprojektion über den Finanzplan 2006 - 2010 hinaus aussieht. Insbesondere interessiert es ihn, ob mit Überschüssen zu rechnen ist, welche einen Abbau von Schulden erlauben. Alfonso Spampinato weist darauf hin, dass die Investitionspläne für die Jahre 2011 - 2015 ebenfalls bedeutende Investitionsvorhaben beinhalten. Es könne nicht davon ausgegangen werden, dass die Ausgaben dramatisch zurückgehen würden. Werner Brühlmann ergänzt, dass verschiedene Investitionen (Schulanlage Halden, Badanlage Bruggwiesen) auf die Periode 2011 - 2015 hätten verschoben werden müssen. Ob sie dann auch realisiert würden, bleibe offen.

Heinrich Eberhard (SVP) bemängelt, dass er im Finanzplan keine Aufwandreduktion entdecken konnte. Er weist nochmals darauf hin, dass Investitionen mit dem Modell 'Public Private Partnership' (PPP) zu einer Entlastung führen. Roman Schmid (Jungbürgerliche Liste SVP) stellt die Möglichkeit einer Nichtüberweisung des Finanzausgleiches in den Raum. Albert Steffen (SVP) moniert, dass beim Finanzausgleich die Aufwendungen für die zahlreichen Arbeitsplätze in Opfikon nicht berücksichtigt werden. Otto Peyer (FDP) möchte wissen, wie weit das Bevölkerungswachstum in die Planungsrechnungen einbezogen wurde. Alfonso Spampinato zeigt auf, dass die Erhöhung dieses Wertes mitberücksichtigt wurde und verweist auf Seite 22 des Finanzplanes.

Paul Remund (FDP, Präsidenten der RPK) weist auf wachsende Ungenauigkeiten bei weit entfernt liegenden Prognosejahren hin. Voranschlag und Rechnung der letzten Jahre hätten wiederholt bessere Resultate erbracht, als erwartet. Erich Weidmann (GV) doppelt nach und möchte wissen, wie es sich mit den für das laufende Jahr geplanten Investitionen verhalte. Werner Brühlmann erklärt, dass die geplanten Investitionen auf Kurs seien. Hingegen liegt der Steuereingang ca. Fr. 3 Mio. tiefer als budgetiert. Zu den diesjährigen Investitionen gehören insbesondere die S-Bahnstation Opfikon und die Autobahnüberdeckung Bubenholz.

SITZUNG VOM

6. November 2006

4. Sozialabteilung
Bewilligung zusätzlicher Stellen im Bereich
Sozialversicherungen und Sozialberatung

P1.9.4

Die Ratsvorsitzende Regula Schmid-Fürst erklärt, dass es im ersten Teil der Beratung um die bisher vom Stadtrat provisorisch bewilligte 100% Stelle im Bereich Sozialversicherungen geht.

Stefan Fehr (GV) als Referent der Geschäftsprüfungskommission stellt den Abschied der GPK vor: Der Bereich der Sozialversicherungen der Stadt Opfikon ist zurzeit mit 200 Stellenprozenten besetzt. Das reicht bei weitem nicht aus, um die Dossiers gerecht und zeitlich relevant zu bearbeiten. Im Normalfall gilt als Regel, 180 bis 220 Dossiers pro Vollzeitstelle. In Opfikon hat zurzeit eine Vollzeitangestellte aber rund 400 Dossiers alleine zu bearbeiten. Dass damit die Anpassungen oder gar Überwachungen zu kurz kommen, ist eine logische Folge daraus. Es kann nur wenig Zeit in die einzelnen Fälle investiert werden. Folglich besteht wenig Kontrolle von eventuellem Sozialhilfemissbrauch etc. Die GPK sieht die Notwendigkeit, die als provisorisch bewilligte 100% Stelle im Bereich Sozialversicherungen definitiv zu bewilligen. Die GPK empfiehlt mit 5 : 0 Stimmen die definitive Bewilligung der 100% Stelle.

Regina Bühler (Sozialvorsteherin, SVP) erläutert, dass im Zusammenhang mit dem Stellenantrag aber auch bei der Befragung zum Geschäftsbericht die Personalproblematik in der Sozialabteilung eingehend mit der GPK erläutert werden konnte. Regina Bühler bedankt sich für die Offenheit und die gute Gesprächskultur.

Regina Bühler führt weiter aus, dass die Arbeitslosenzahlen am sinken sind, aber die ausgesteuerten Personen, welche beim Sozialamt anhängig sind, in keiner Statistik mitgezählt werden. Die Stadt Opfikon hat mit 5% nach wie vor die höchste Arbeitslosenrate im Kanton Zürich zu verzeichnen. Das kantonale Mittel beträgt mit der Stadt Zürich und Winterthur 3,1%. Die Werte beispielsweise in Kloten und Uster betragen 3.6% und 3.8%.

Die Sozialvorsteherin verzichtet auf die Wiederholung des ausführlichen, den Gemeinderatsmitgliedern vorliegenden Antrages. Es ist ihr jedoch ein Anliegen darauf hinzuweisen, dass bei den Zusatzleistungen zur AHV/IV eine weitere Fallzunahme zu verzeichnen ist. Insbesondere die Zahlen im Bereich der IV-Bezüger steigen weiter an. Diese Fälle sind äusserst komplex und verlangen einen grossen administrativen Aufwand, da sich die Lebensverhältnisse der IV-Rentner häufig verändern.

Auch bei den Sozialversicherungen ist eine Überwachung und Kontrolle nötig, damit allfälligen Missbräuchen ein Riegel geschoben werden kann.

SITZUNG VOM

6. November 2006

Regina Bühler bittet die Mitglieder des Gemeinderates diese dringend benötigte Stelle zu bewilligen.

Nachdem im Sommer bei der gesetzlich-wirtschaftlichen Hilfe ein Höchststand von gut 1000 Personen, das heisst 125 Fälle pro Sozialarbeiter, zu verzeichnen war, haben die Fallzahlen in den letzten beiden Monaten stagniert. Dieses Jahr konnten erfreulicherweise 75 Personen in den Erwerbsprozess integriert werden und die Sozialabteilung ist überzeugt, mit noch besserer Unterstützung durch die Sozialarbeiter noch erfolgreicher zu arbeiten.

Die Sozialarbeiter haben eine Doppelfunktion. Sie müssen beraten und unterstützen, damit die Klienten die Selbstständigkeit zurückerlangen. Zugleich müssen sie kontrollieren, ob die Aussagen und die vorgelegten Unterlagen stimmen. Wir wollen Missbräuche gar nicht erst entstehen lassen und die Bezüger so schnell wie möglich in den Arbeitsprozess integrieren.

Eine permanente und aufwändige Herausforderung ist es, Jugendliche in den Arbeitsmarkt zu integrieren. In diesem Bereich kann langfristig Geld gespart werden. Um diese Aufgabe seriös und in der geforderten Intensität wahrnehmen zu können, sind zusätzliche Personalressourcen erforderlich. Regina Bühler bittet daher den Rat, dem vorliegenden Antrag zuzustimmen.

Regina Bühler ergänzt ihre Ausführungen mit dem Thema der Sozialinspektoren. Dieser Bereich ist aktuell in aller Munde. Sowohl der Zürcher Unterländer als auch der Tages-Anzeiger haben dazu bei verschiedenen Sozialvorstehern eine Umfrage durchgeführt. Generell wird bei der Sozialhilfe mit einer Missbrauchsquote von 2 bis 3% gerechnet. Diese fehlbaren Personen zu überführen ist nicht einfach. Ein Sozialinspektor muss eng mit den Sozialarbeitenden zusammenarbeiten, denn nur dort erhält er die nötigen Informationen und den konkreten Auftrag. Regina Bühler ist der Ansicht, dass Opfikon zu klein ist, um eine solche Vollstelle zu schaffen. Zudem sei im Voranschlag 2007 kein entsprechender Betrag eingestellt. Unseren Fachleuten - die Sozialarbeitenden - sollen so eingesetzt werden, dass sie noch besser hinsehen, prüfen und in Verdachtsmomenten reagieren können. Mit ihrer grossen Erfahrung reagieren sie sehr schnell auf nicht plausible Geschichten.

Die Fürsorgebehörde hat sich an der letzten Sitzung mit der Problematik auseinandergesetzt und möchte bei Verdachtsfällen vorerst eng mit der Polizei zusammenarbeiten und prüfen, ob sie die Sozialabteilung für situative Abklärungen unterstützt. Valentin Perego (Sicherheitsvorstand, FDP) ergänzt, dass dazu seitens der Stadtpolizei noch keine Entscheide gefallen sind.

Regina Bühler weist darauf hin, dass die Stadt Bülach mit einer externen Organisation zusammenarbeitet. Da die Gemeinden des Bezirks in engem

SITZUNG VOM

6. November 2006

Kontakt stehen, sollen die Erfahrungen abgewartet und dann die Lage neu beurteilt werden.

Regina Bühler bittet den Gemeinderat, dem vorliegenden Antrag zuzustimmen. Mit diesem Stellenschlüssel ist die Sozialabteilung auch in der Pflicht, bei einem Rückgang der Fallzahlen reagieren zu müssen.

Da kein Gegenantrag erhoben wird und kein weiteres Ratsmitglied das Wort wünscht, bewilligt der Gemeinderat die vom Stadtrat mit Beschluss-Nr. 2006-104 am 10. Januar 2006 provisorisch bewilligte 100%-Stelle im Bereich Sozialversicherungen definitiv.

Stefan Fehr trägt den Abschied der GPK zum beantragten variablen Stellenplan im Bereich Sozialberatung vor: In unserer Stadt besteht die kantonsweit höchste Arbeitslosenrate. Darunter sind viele sogenannte bildungsferne Antragsteller. Ein Sozialarbeiter in Vollzeitanstellung sollte rund 80 bis 100 Fälle bearbeiten können. In der Stadtverwaltung Opfikon sind es 120 Fälle. Eine hinzugezogene Beraterfirma weist darauf hin, dass die Sozialberatung personell erheblich unterdotiert ist. Die hohe Fallfluktuation von 307 Dossierabschlüssen (von 461 Dossiers insgesamt) und 360 Neuzugängen, führt zu Mehrarbeit. Da in naher Zukunft nicht mit einem Fallrückgang zu rechnen ist, wird ein variabler Stellenplan als notwendig erachtet.

Die GPK empfiehlt mit 5 : 0 Stimmen dem variablen Stellenplan, 80 Fürsorgefälle auf eine Vollzeitstelle Sozialberatung, zuzüglich einer 50% Stelle Administration zuzustimmen.

Paul Remund (FDP) stellt namens seiner Fraktion folgenden Änderungsantrag:

Der variable Stellenplan im Bereich Sozialberatung schafft einen Automatismus, der das Sozialamt ja geradezu einlädt, neue Fälle zu generieren, damit zusätzliche Stellen geschaffen werden können.

Ein Sozialarbeiter sollte 80 – 100 Fälle bearbeiten können. Es wirkt befremdend, wenn nun als Basis 80 Fälle herbei gezogen werden, also die untere Grenze der Bandbreite. Dass aufgrund der höheren Fallzahlen zusätzliche Stellen geschaffen werden sollen, wird nicht in Abrede gestellt. Momentan beträgt der Personalbestand im Sozialamt vier Vollzeitstellen in der Sozialberatung und zwei in der Administration. Gemäss dem beantragten variablen Stellenplan müssten bei aktuell 480 Fällen zwei Sozialarbeiter(innen) und ein(e) Mitarbeiter(in) Administration neu angestellt werden.

Geht man aber vom oberen Ende des Plansolls, also von 100 Fällen pro Sozialarbeiter aus, müsste bei 500 Fällen nur eine Vollzeitstelle Sozialberatung und eine 50%-Stelle Administration neu geschaffen werden. Diese Anlehnung an die obere Grenze der Bandbreite soll aber auch nicht an-

SITZUNG VOM

6. November 2006

gewendet werden, damit ein Handlungsspielraum entsteht, der es ermöglichen soll, sich auch um Bereiche zu kümmern, die bis jetzt zu kurz gekommen sind, z.B. die Missbrauchsbekämpfung.

Das Sozialamt ist leider weiterhin mit sehr grossen Problemen konfrontiert. Dazu braucht es einen angemessenen Personalbestand. Erhöhungen des Stellenplans sollen aber weiterhin einzeln beantragt werden müssen.

Antrag

1. Der variable Stellenplan wird abgelehnt.
2. Stattdessen wird je eine Vollzeitstelle in der Sozialberatung und in der Administration bewilligt.

Erich Weidmann (GV) unterstützt den FDP-Antrag. Angesichts der herrschenden Hochkonjunktur finden zunehmend auch ungelernte Personen wieder Arbeit. Es ist ihm ein Anliegen, dass Missbrauch bekämpft wird, weshalb die Stellenaufstockung sinnvoll ist. Die Berichte von Sozialinspektoren in umliegenden Gemeinden zeigten positive Wirkung. Obwohl dafür im Voranschlag 2007 keine Mittel vorgesehen sind, könnte dies nachgeholt werden. Mit der Stellenbewilligung im Sinne des FDP-Antrages werde verhindert, dass angesichts tieferer Fallzahlen bewilligte Stellen bald wieder abgebaut werden müssen.

Walter Fehr (Stadtpräsident, GV) wehrt sich gegen die Äusserung von Paul Remund, wonach die Sozialabteilung Fälle generiere. Regina Bühler ergänzt, dass die sozio-demographische Bevölkerungszusammensetzung zu erhöhten Belastungen führe. Zudem würden auch die Gemeinden Walisellen, Kloten und Bülach mit dem Stellenschlüssel für 80 Fürsorgefälle arbeiten.

Haci Pekerman (SP) vertritt die Auffassung, dass Verdachtsfälle wegen Sozialhilfemissbrauchs nicht mit der Polizei zu verfolgen sind.

Bei der abschliessenden Abstimmung wird der Antrag des Stadtrates demjenigen der FDP-Fraktion gegenübergestellt. Der Rat unterstützt mit 23 : 10 Stimmen den Abänderungsantrag der FDP-Fraktion. Somit wird der variable Stellenplan abgelehnt. Gleichzeitig wird je eine Vollzeitstelle in der Sozialberatung und in der Administration bewilligt.

SITZUNG VOM

6. November 2006

**4. Sozialabteilung
Bewilligung zusätzlicher Stellen im Bereich
Sozialversicherungen und Sozialberatung**

P1.9.4

Der Gemeinderat

- gestützt auf den Antrag des Stadtrates vom 16. Mai 2006 sowie in Anwendung von Art. 36, Ziff. 5, der Gemeindeordnung -

BESCHLIESST:

1. Die vom Stadtrat mit Beschluss-Nr. 2006-104 am 10. Januar 2006 provisorisch bewilligte 100%-Stelle im Bereich Sozialversicherungen wird definitiv bewilligt und in den Stellenplan aufgenommen.
2. Der Gemeinderat lehnt einen variablen Stellenplan für die Sozialabteilung, Bereich Sozialberatung, ab. Er bewilligt je eine Vollzeitstelle für den Bereich Sozialberatung und Administration.
3. Mitteilung durch Protokollauszug an:
 - Stadtrat
 - Sozialvorsteherin
 - Sozialabteilung
 - Fürsorgebehörde
 - Verwaltungsdirektor
 - Verwaltungsdirektor-Stv.
 - Stadtkanzlei

SITZUNG VOM

6. November 2006

**5. Personalplanung im Bauamt
Erhöhung Stellenplan für den betrieblichen Unterhalt
Genehmigung**

P1.9

Franziska Schwaighofer (CVP) als Referentin der Geschäftsprüfungskommission stellt den Abschied der GPK vor:

Opfikon erstellt im Laufe der nächsten Jahre neue öffentliche Grünflächen von insgesamt 18.8 ha. Einige Grossbauprojekte sind bereits realisiert wie z.B. der Bubenholzpark mit 2.6 ha, der Opfikerpark mit Klärwerkareal entwickelt sich rasch. Zur Zeit werden 13 ha Grünfläche mit 5 Mitarbeitern des Bauamtes instand gehalten. Bis im Jahr 2010 werden es 32 ha sein, was einer Zunahme von 243 % entspricht. Um diese Flächen zu pflegen, werden rund 5'000 Arbeitsstunden pro Jahr zu leisten sein. Dass dies nicht mit dem heutigen Personalbestand bewältigt werden kann, ist offensichtlich. Das Bauamt hat im Bericht „Planung der Ressourcen im Bereich Grünunterhalt“ vom 8. März 2006, Verfasser Alex Borer, den neuen Personalbedarf ausgewiesen.

Fremd- und Eigenleistungen

Die vorgeschlagene Variante, mit 70 % Eigen- und 30 % Fremdleistung durch Privatunternehmen, lässt der Stadt Spielraum um sich dem Bedarf rasch anzupassen, falls sich zeigen sollte, dass die Parks intensiver oder anders genutzt werden, als dies im Vorfeld angenommen wurde. Das bedeutet, dass Arbeiten im Umfang von voraussichtlich Fr. 320'000.00 an private Unternehmen vergeben werden. Vor allem Aufgaben für Gartenbaufirmen und Landwirte, Schnitt von Bäumen und Hecken, Mähen von Böschungen, Pflege von Waldflächen und Gehölzen. Aber auch Spezialarbeiten wie mähen der Wasserpflanzen im See, Unterhalt der technischen Anlagen und Installationen (Beleuchtung, Pumpen, Wasserleitungen). Vom zur Zeit eher tiefen Preisniveau kann profitiert werden. Die übrigen zwei Drittel der Arbeiten sollen vom Bauamt erbracht werden wie: Reinigung der Anlagen, die Instandsetzung des Mobiliars und die Pflege der Rasen- und Wiesenflächen. Der Personalbestand müsste demzufolge um total zwei Stellen erhöht werden. Auf Ende 2006 um eine Stelle und im Laufe der folgenden ein bis zwei Jahre um eine Weitere. Die Fremd- und Eigenleistungen stehen in einer gesunden Konkurrenz zueinander und spornen an, die jeweils eigene Leistung zu optimieren. Mit dieser Abdeckung kann den Bedürfnissen der Bevölkerung nach gut gepflegten und sauberen Parkanlagen am besten entsprochen werden. Die Attraktivität insbesondere des Opfikerparks kann heute erst grob geschätzt werden. Die regelmässige Präsenz von eigenen Fachleuten in allen Anlagen ermöglicht kurze Kommunikationswege und behält ein gewisses Mass an Bürgernähe. So können Schäden frühzeitig erkannt und die Nutzung der Anlagen mit einfachen Mitteln in die gewünschte Richtung gelenkt werden.

SITZUNG VOM

6. November 2006

Gerade in der Anfangsphase der neuen Anlagen, ist dem fachgerechten und sorgfältig geplanten Unterhalt grösste Aufmerksamkeit zu schenken.

Schlussfolgerung

Die GPK erachtet das vorgeschlagene Verhältnis von Eigen- und Fremdleistung als optimale Lösung und somit die Notwendigkeit der Stellenerhöhung als erwiesen. Die Präsentation des Berichtes von und durch Herrn Borer war sehr aufschlussreich und nachvollziehbar. Die Kommission ist der Meinung, dass es wichtig ist, den öffentlichen Raum gepflegt und sauber zu halten.

Die GPK beantragt dem Gemeinderat mit 5 : 0 Stimmen, den Antrag des Stadtrates, um eine Erhöhung des Stellenplanes der Abteilung Bau und Versorgung, Bereich Unterhalt, im Umfang von 200 Stellenprozenten zu genehmigen.

Walter Epli (Bauvorstand, CVP) zeigt auf, dass die Entwicklung der Stadt Opfikon zu einer Erhöhung des Unterhaltsaufwandes führe. Er nennt als Beispiele die Autobahnüberdeckung Bubenholz und den Opfikerpark. Unter Beizug eines externen Beraters sei versucht worden, die Aufwendungen vergleichbarer Gemeinden für den Unterhalt gegenüber zu stellen. Die Stadt Opfikon hat dabei den tiefsten Stand an Mitarbeitenden im Bereich Unterhalt ausgewiesen. Der Versuch, die Gemeindedaten vergleichbar zu machen habe jedoch auch aufgezeigt, dass die Organisationsstrukturen sehr unterschiedlich sind. Walter Epli weist darauf hin, dass das Bauamt bereits heute für Spezialaufgaben Externe bezieht. Dazu gehört beispielsweise der Pumpenunterhalt. Auslagerungen seien jedoch stets mit Vor- und Nachteilen verbunden, weshalb auch im vorliegenden Antrag die verschiedenen Varianten des Auslagerungsgrades eingehend abgewogen wurden. Mit der Variante B (Eigenleistung 70% und Fremdvergabe von 30%) werde dem Gemeinderat die kostengünstigste Variante vorgeschlagen. Der damit verbundene Stellenantrag - dem mutmasslich ersten aus dem Bauamt unter der Leitung von Walter Epli - bedeute die Schaffung von zwei 100% Stellen. Dabei würde die erste Stelle ab 2007 besetzt und die zweite je nach Entwicklung des Glattparks zu einem späteren Zeitpunkt.

Thomas Zähler (SP) erhofft sich mit der Stellenaufstockung auch eine Verbesserung der Sauberkeit bei den Abfallsammelstellen. Roland Hüsey (SVP) bezieht sich auf das vorgängige Stellengeschäft der Sozialabteilung. Bekanntlich seien die Klienten der Sozialabteilung oft schwer vermittelbar. Gleichzeitig hat die Stadt Opfikon erweiterte Anlagen zu bewirtschaften, welche durch Personen mit geringerem Bildungsniveau gepflegt werden können. Mit dem Willen zur internen Zusammenarbeit zwischen der Sozialabteilung und dem Bauamt liessen sich damit Lösungsansätze finden. Er legt daher folgenden Ablehnungsantrag vor:

SITZUNG VOM

6. November 2006

Die Sozialausgaben in der Stadt Opfikon steigen seit Jahren unaufhaltsam an. Eine Änderung dieser Entwicklung ist nicht in Sicht. Begründet wird dieser Anstieg zur Hauptsache mit immer mehr Ausgaben für ausgesteuerte Arbeitslose. Diese Leute seien auf Grund ihres tiefen Bildungsstandes kaum mehr vermittelbar und enden oftmals als Sozialhilfebezüger. Diese Tatsache wird auch nicht angezweifelt. Es wird immer wieder gejammert, dass für diese Leute keine Jobs mehr vorhanden sind. Auch dieser Aussage kann man durchaus zumindest teilweise zustimmen.

Nun haben wir die aktuelle Situation in der Stadt Opfikon, dass mit der Überdeckung N11 und dem Glattpark grosse zusätzliche Grünflächen unterhalten und gepflegt werden müssen. Ohne irgendwelchen Berufsgattungen zu Nahe treten zu wollen gilt es als erwiesen, dass für einen Teil der anstehenden Arbeiten (Mähen, Lauben, Abfallbewirtschaftung etc.) Leute eingesetzt werden können, die einen geringen Bildungsstand aufweisen. Es ist deshalb enttäuschend, dass von der Stadt Opfikon überhaupt keine Impulse ausgehen, welche in diese Richtung weisen könnten. Stattdessen sollen weitere Verwaltungsstellen aufgestockt werden und die bekannten Probleme werden weiterhin ungelöst vorher geschoben. Das kann und darf nicht sein.

Ich fordere hiermit den Stadtrat und seine Chefbeamten auf, endlich zu erwachen und nach neuen gemeinsamen Lösungsansätzen zu suchen. Damit die vorhandene Chance für ein mögliches Sozialprojekt nicht verbaut wird, stelle ich folgenden Antrag:

Die Erhöhung des Stellenplanes im Bauamt ist abzulehnen.

Walter Epli entgegnet, dass durchaus verwaltungsintern Projekte erarbeitet werden, mit denen Sozialhilfebezüger in Arbeitsprojekte eingebunden werden. Konkret gehe es um den Einsatz von Parklotsen im Opfikerpark. Roland Hüssy erklärt, dass umso mehr nichts verbaut werden soll mit einer Stellenbewilligung. Walter Epli ergänzt, dass ein sauberes Ortsbild nicht billig zu haben sei. Zudem bedürfen diverse Arbeiten einer Fachausbildung. Albert Steffen (SVP) hält fest, dass sich unter der Vielzahl von Arbeitslosen wohl zwei Personen finden lassen, welche Gartenarbeiten übernehmen können. Regina Bühler hält fest, dass auch Arbeitslosenprojekte Geld kosten. Es besteht zudem die Erwartung und Hoffnung, dass Sozialhilfebezüger nur kurzfristig anhängig sind.

Stefan Fehr hält fest, dass die GPK den Stellenantrag sorgfältig geprüft hat und die Erhöhung um 200 Stellenprozente als notwendig erachtet. Zudem stellt er die Frage in den Raum, ob private Anbieter tatsächlich immer billiger sind. Beatrix Jud (SP) unterstützt das Ziel, dass ausgesteuerte Personen eine sinnvolle Tätigkeit ausüben. Damit könne das Ziel der raschen Rück-Integration in das Arbeitsleben gefördert werden. Konrad Fiechter (EVP) ist es ein Anliegen, dass Sozialhilfebezüger begleitet werden, was Kosten verursache. Von der Idee der Eingliederung ist ein Arbeitseinsatz-

SITZUNG VOM

6. November 2006

programm sinnvoll.

Bei der abschliessenden Abstimmung wird der Antrag des Stadtrates dem Ablehnungsantrag von Roland Hüssy gegenübergestellt. Der Rat unterstützt mit 17 : 15 und einer Enthaltung den Antrag des Stadtrates und stimmt damit der Erhöhung des Stellenplans der Abteilung Bau und Versorgung, Bereich Unterhalt, im Umfang von 200 Stellenprozenten zu.

**5. Personalplanung im Bauamt
Erhöhung Stellenplan für den betrieblichen Unterhalt
Genehmigung**

P1.9

Der Gemeinderat

- gestützt auf den Antrag des Stadtrates vom 2. Mai 2006 sowie in Anwendung von Art. 36, Ziffer 5, der Gemeindeordnung -

BESCHLIESST:

1. Die Erhöhung des Stellenplans der Abteilung Bau und Versorgung, Bereich Unterhalt, im Umfang von 200 Stellenprozenten, wird bewilligt.
2. Der Bericht "Planung der Ressourcen im Bereich Grünunterhalt 2006 bis 2010" vom 8. März 2006 gilt als integrierter Bestandteil dieses Beschlusses.
3. Mitteilung durch Protokollauszug an:
 - Stadtrat
 - Bauvorstand
 - Verwaltungsdirektor
 - Leiter Bauamt
 - Leiter Unterhalt
 - Stadtkanzlei

6. Geschäftsbericht der Stadt Opfikon für das Jahr 2005

V 4.5

EINTRETENSDEBATTE

Stefan Fehr, Mitglied der GPK, erläutert, dass die Geschäftsprüfungskommission den Bericht prüfte und dem Stadtrat diverse Fragen stellte.

Am 12. Juli 2006 hatte die GPK die Gelegenheit, diese Fragen mit den jeweiligen Vorstehern und Abteilungsleitern eingehend zu erörtern. Während dieser Sitzung konnten auch Fragen behandelt werden, welche nicht direkt im Zusammenhang mit dem Geschäftsbericht standen.

Die Geschäftsprüfungskommission dankt dem Stadtrat und der Verwaltung für die schnelle Behandlung der Fragen.

Es folgen keine weiteren Wortmeldungen.

Eintreten ist unbestritten und somit beschlossen.

Detailberatung

1. Gemeinderat

Stefan Fehr liest Auszüge aus dem allen Gemeinderatsmitgliedern bekannten GPK-Abschied vor. Es gibt keine weiteren Wortmeldungen.

2. Präsidialabteilung

Stefan Fehr liest Auszüge aus dem allen Gemeinderatsmitgliedern bekannten GPK-Abschied vor. Es gibt keine weiteren Wortmeldungen.

3. Finanzabteilung

Stefan Fehr liest Auszüge aus dem allen Gemeinderatsmitgliedern bekannten GPK-Abschied vor. Es gibt keine weiteren Wortmeldungen.

SITZUNG VOM

6. November 2006

4. Bauabteilung

Stefan Fehr liest Auszüge aus dem allen Gemeinderatsmitgliedern bekannten GPK-Abschied vor. Es gibt keine weiteren Wortmeldungen.

5. Bevölkerungsdienste

Stefan Fehr liest Auszüge aus dem allen Gemeinderatsmitgliedern bekannten GPK-Abschied vor. Es gibt keine weiteren Wortmeldungen.

6. Gesundheits- und Umweltabteilung

Stefan Fehr liest Auszüge aus dem allen Gemeinderatsmitgliedern bekannten GPK-Abschied vor. Es gibt keine weiteren Wortmeldungen.

7. Sozialabteilung

Stefan Fehr liest Auszüge aus dem allen Gemeinderatsmitgliedern bekannten GPK-Abschied vor. Regina Bühler präzisiert, dass sich die Dezentrale Drogenhilfe Mittleres Glattal (DDMG) einen neuen Namen gegeben hat und ihre Aktivitäten mit erweitertem Bereich weiterführt. Es gibt keine weiteren Wortmeldungen.

8. Schule

Stefan Fehr liest Auszüge aus dem allen Gemeinderatsmitgliedern bekannten GPK-Abschied vor. Es gibt keine weiteren Wortmeldungen.

Schlussabstimmung

Stefan Fehr verliest den Abschied. Die GPK beantragt einstimmig, den Geschäftsbericht 2005 zu genehmigen.

Der Geschäftsbericht 2005 wird einstimmig (33:0) genehmigt.

SITZUNG VOM

6. November 2006

6. Genehmigung des Geschäftsberichtes 2005 der Stadt Opfikon V 4.5

Der Gemeinderat

- gestützt auf die Anträge des Stadtrates vom 21. Februar 2006 und der Geschäftsprüfungskommission vom 16. September 2006 sowie im Sinne von Art. 36, Ziff. 1, der Gemeindeordnung -

BESCHLIESST:

1. Der Geschäftsbericht für das Jahr 2005 wird genehmigt.
2. Mitteilung durch Protokollauszug an:
 - Stadtrat
 - Abteilungsleitende
 - Stadtkanzlei

SITZUNG VOM

6. November 2006

Schluss der Sitzung

Gegen die Geschäftsführung werden keine Einwendungen erhoben. Regula Schmid-Fürst macht auf folgende Rekursmöglichkeiten aufmerksam:

Gegen die gefassten Beschlüsse kann wegen Verletzung von Vorschriften über die politischen Rechte und ihre Ausübung innert 5 Tagen, von der Veröffentlichung an gerechnet, schriftlich Rekurs beim Bezirksrat Bülach, Bahnhofstrasse 3, 8180 Bülach, erhoben werden.

Im Übrigen kann gegen die gefassten Beschlüsse gestützt auf § 151 Abs. 1 Gemeindegesetz (Verstoss gegen übergeordnetes Recht, Überschreitung der Gemeindezwecke oder Unbilligkeit) innert 30 Tagen, von der Veröffentlichung an gerechnet, schriftlich Beschwerde beim Bezirksrat Bülach erhoben werden. Die Kosten des Beschwerdeverfahrens hat die unterliegende Partei zu tragen.

Die Rekurs- oder Beschwerdeschrift muss einen Antrag und dessen Begründung enthalten. Der angefochtene Beschluss ist, soweit möglich, beizulegen.

Opfikon, 8. November 2006

Für richtiges Protokoll
Der Ratssekretär-Stv.:

U. Boetschi

SITZUNG VOM

6. November 2006

Protokoll geprüft:

Datum:

Die Präsidentin:

.....

Der 1. Vizepräsident:

vakant

Die 2. Vizepräsidentin:

.....